

# **Badische Landesbibliothek Karlsruhe**

**Digitale Sammlung der Badischen Landesbibliothek Karlsruhe**

## **Badische Landes-Zeitung. 1870-1918 1917**

337 (23.7.1917) Abendblatt





## Aus dem Großherzogtum.

Heidelberg, 23. Juli. In seinem Aufstand starb zu Berlin der langjährige Direktor des Heidelberger Stadttheaters W. E. Heintz. 28 Jahre, von 1885 bis 1911 diente er der genannten Anstalt mit großen Erfolgen als Schauspieler und Leiter. Bekannt war seine Gabe, in jungen Kräfte oft schon die spätere Bedeutung zu erkennen und so ist mancher „Stern“ erstmals in Heidelberg aufgegangen.

Mühlhagen (Amt Stodach), 23. Juli. Das Gr. Geheim. Kom. hat dem Gr. Bezirksamt in Stodach folgendes Telegramm geschickt: Großherzog und Großherzogin bedauern herzlich die schweren Beschädigungen in ihrem Bezirk und lassen den Betroffenen warmste Teilnahme übermitteln.

Wetzlar, 23. Juli. Anfang letzter Woche hagelte es bei einem Gewitter so stark, daß ein Teil der Gemarkung Niebhausen die Frucht streifenweise 50 bis 70 Proz. vernichtet wurde; auch die Gartengeräthe und besonders die Kartoffeln stehen trostlos da.

## Aus der Partei.

Heidelberg, 21. Juli. Die nationalliberale Partei hielt im „Lammhauer“ eine geschlossene Mitglieder-Versammlung ab, die sehr zahlreich besucht war. Nach den einleitenden Worten des Vorsitzenden, der unter dem Beifall der Versammlung die Stellung der nat.-lib. Reichstagsfraktion zum Antrag Erberger mit ihrer Begründung bekanntgab, hielt Herr Geh. Rat Prof. Dr. Gothein in gehobener, meisterhafter Weise einen Vortrag gegen das „parlamentarische Regierungssystem“, auf den wir noch zurückkommen werden. In der anschließenden Aussprache bekannte sich Geh. Rat Anshütz zum Teil zu anderen Anschauungen als der Redner. Vor allem forderte er einen weiteren Ausbau der Ministerverantwortung. Amtmann Specht bekannte sich zu den Ausführungen Gotheins, warnte sich gegen eine Schwächung der Rechte der Krone und warnte vor inneren Kämpfen, so lange noch die Feinde an den Grenzen stehen. Hierauf nahm die Versammlung einstimmig folgende Entschließung an:

Die nationalliberale Partei Heidelberg ist der Ueberzeugung, daß eine nationalliberale Partei, wie in der Vergangenheit, so auch heute und in der Zukunft für unsere politische Entwicklung unbedingt notwendig ist, um einen festen und gleichmäßigen Fortschritt unseres politischen und wirtschaftlichen Lebens zu verbürgen. Wir hoffen daher wiederholt, daß die nationalliberale Reichstagsfraktion, zumal in so kritischen Augenblicken, wie gegenwärtig, ihren Einfluß dazu ausbreite, daß die Mittellinie zwischen den widerstreitenden Ansichten der Parteien eingehalten wird.

In einer Zeit, in der das deutsche Volk, obwohl von außen noch bedroht, an dem inneren Ausbau seines Hauses weiter arbeitet, erwirbt der nationalliberale Partei die Pflicht, an den beherrschten Grundlagen festzuhalten. Ein parlamentarisches Regierungssystem im strengen Sinne halten wir bei den gegenwärtigen und wahrscheinlich dauernden Parteiverhältnissen für undurchführbar, erachten dagegen eine größere Beteiligung des Parlaments an den Aufgaben der Staatsverwaltung und einen größeren Einfluß auf die Politik der Regierung unter Beachtung der im Kriege gemachten Erfahrungen für notwendig.

## Die Kartoffelversorgung.

Die beteiligten Ausschüsse des Württembergischen Landtags haben sich dieser Tage mit der Kartoffelversorgung beschäftigt. Hierbei betonte Minister Dr. v. Fleischhauer, daß in Württemberg am System der öffentlichen Versorgung mit ausschließlicher Versorgung durch Kommunalverbände festgehalten werde. Das Bezugschein-System habe zwar manche Störungen und Ausweitungen im Gefolge gehabt, doch solle auch an diesem festgehalten und nur die Vermeidung der Mängel angestrebt werden. Es fragte sich, ob nicht aus reinen Bedarfsgründen die Lieferungen auszufriedeln seien; jedenfalls müsse strenge Aufsicht bezüglich der Sachpreise geführt und eine wiederholte Bemittlung von Bezugscheinen ausgeschlossen werden. Durch Bezugscheine solle ebensoviel wie für die übrige Bevölkerung bezogen werden können.

Schließlich wurden lt. „Stuttg. N. Tagbl.“ folgende Anträge angenommen:

1. Bei der Versorgung mit Kartoffeln ist an den üblichen Einlagerung durch die Verbraucher festzuhalten und diese durch geeignete Maßnahmen zu fördern. Die Bezugscheine sind beizubehalten und die landwirtschaftlichen Organisationen zur Verteilung an die Bezugsberechtigten beizuziehen.
2. Den Landwirten sind Kartoffeln, die sich nicht zur menschlichen Ernährung eignen, zu Futterzwecken zu belassen.
3. Für Saatkartoffeln ist rechtzeitig ein in einem angemessenen Verhältnis zu dem Speisekartoffelpreis stehender Höchstpreis festzusetzen. Den Erzeugern sind die zur Saat erforderlichen Kartoffelmengen zu belassen.

Zu Riffer 1 wurde folgender Zusatzantrag angenommen: Bei der Versorgung ist, wie im Vorjahr, zu gestatten, daß die Verbraucher ihren Bedarf wieder unmittelbar beim Erzeuger beziehen dürfen, ferner, daß die Ausstellung der Bezugscheine möglichst beschleunigt wird.

In Württemberg ist also die Frage der Kartoffelversorgung gelöst. Wie steht es nun bei uns in Baden?

In vielen Kreisen befürchtet man, daß für den Bezug von Saatkartoffeln der unmittelbare Verkehr zwischen Erzeugern und Verbrauchern verboten werden solle. Und das wäre eine Ansicht, die tatsächlich die schwersten Bedenken hervorrufen müßte. Zwar ist ohne weiteres zuzugeben, daß sich auch im letzten Jahr die Versorgung nicht zu allgemeiner Befriedigung abgeheilt hat. Die Kartoffelstellen haben darin nicht ohne Grund eine Erziehung der gleichmäßigen Verteilung und des Ueberblicks über die vorhandenen Vorräte; ein Ueberwachen der Einhaltung der Höchstpreise war nahezu unmöglich, weshalb denn auch hier in der Uebertragung der Vorschriften geradezu Orgien gefeiert wurden. Auch glauben manche besonders begünstigten Bezirke sich der Gefahr einer Ausraubung ausgesetzt, wogegen sie sich durch die viel angeforderten Aufsichtsvorkehrungen zu wehren suchten.

Allein das alles sind keine Mängel, die im inneren Aufbau dieser Versorgungsregelung liegen. An sich war der Gedanke durchaus gesund, und es war auch im Rahmen der öffentlichen Bewirtschaftung voll berechtigt, die von früher her bestehenden Verbindungen zwischen Erzeugern und Verbrauchern aufrecht zu erhalten. Es bedeutet für die Versorgung einer Stadt doch eine recht spürbare Entlastung, wenn etwa ein Drittel der Bevölkerung — joweit darf man unter allen Umständen als Mindestzahl rechnen — seinen ganzen Kartoffelbedarf für das laufende Wirtschaftsjahr selbst aufzubehalten und der Gemeinde die Sorge um die Beschaffung, Aufbringung und Verteilung abnimmt. Die Kartoffeln werden — das ist schon oft genug betont worden — viel sorgfältiger behandelt, und man kann auch viel sparsamer und hausväterlicher mit ihnen wirtschaften, wenn man sie in seinem eigenen Keller hat und jederzeit genau nachprüfen kann, wie viel noch zur Verfügung stehen. Die Hausfrauen können besser einteilen

und sind von der Sorge um die Beschaffung und von vielen Schereiten befreit. Das verschafft eine wesentliche Beruhigung. Der Kommunalverband und die Gemeinde selber aber können nur dankbar sein, wenn sie auf dieser Entlastung die Versorgung des übrigen Teils der Bevölkerung leisten können. Die oben angeführten Mängel, die bei manchen Stellen das System in Verfall gebracht zu haben scheinen, sind lediglich Sachverhalte, die man bei entsprechender Vorsicht und Vorbereitung vermeiden kann. Die Kartoffel-Hochpreise sind dieses Jahr ohnehin um 1/2 M. höher als im letzten Jahr und entsprechen so allen billigen Anforderungen der Erzeuger. Damit ist ein mächtiger Anreiz zur Ueberbereitung der Höchstpreise weggefallen, und es wird bei entsprechenden Vorkehrungen kaum zu befürchten sein, daß der Umfang solcher Umfang annimmt wie im letzten Jahr. Für die Verteilung der anderen Mängel aber zu sorgen, ist Sache der Verwaltung, und wir haben keinen Zweifel, daß bei ernstlichem Willen und bei entsprechender Vorsicht und Vorbereitung die Verteilung wohl möglich ist.

Dann erheben wir die Forderung, daß für die Versorgung mit Saatkartoffeln wieder wie im vorigen Jahr, nur mit den nötigen Verbesserungen, zu denen die Erfahrungen dieses Jahres Anlaß geben, bei den zu erlassenden Vorschriften die Bestimmungen vorgehen, wonach das Recht des unmittelbaren Verkehrs zwischen Erzeugern und Verbrauchern gewährleistet ist.

Das für Württemberg gut ist, dürfte für Baden auch zu empfehlen sein!

## Das Wort einer badischen Arbeiterfrau.

Landesversicherungsrat Gauß schreibt in der „Mittleren Zeitung“: Ich unterrichte in der Kleiner Berufsschule. Da habe ich denn die mir überaus liebe Gelegenheit, mit manchen Kriegsbeschädigten in nahe, persönliche Beziehung zu treten. Ein besonders lieber, ehemaliger Schüler ist zu Anfang des Jahres in meine Heimat Baden zurückgekehrt, nachdem seine dauernde militärische Dienstunfähigkeit auf Grund einer schweren Armverletzung von der Landesverwaltung anerkannt worden war. Er fand durch meine Vermittlung eine Beschäftigung im badischen Staatsbahnbetriebe. Nun ist neuerdings der brave Franz ansehend an einem Augenleiden erkrankt. Und darüber schreibt mir die Mutter, eine einfache Arbeiterfrau, die mit ihrem Manne in einem nicht gar weit von Karlsruhe gelegenen Dorfe wohnt. In ihrem gewöhnlichen Briefe hat sie mir geschrieben, daß sie sich nicht ohne Mühe zu Papier gebrachten Briefe, dessen Inhalt nicht tief gerührt hat, finde ich ein Wort das ich als Ausdruck einer wahrhaft goldenen vaterländischen Stimmung weit hinein ins deutsche Volk verbreitet sehen möchte; deshalb bringe ich es an dieser Stelle zunächst zur Kenntnis solcher Leser, die als Kriegsbeschädigte schwer fürs Vaterland gelitten haben und noch leiden müssen. Der letzte Absatz in ihrem Schreiben lautet nämlich wie folgt:

„Sonst geht alles seinen alten Gang. Jetzt muß man wieder tüchtig arbeiten, was man aber gern tut, wenn nur unsere Heimatlichen glücken geschäftlich bleiben. Wir wollen nicht klagen, sondern aushalten und durchhalten und zusammenhalten, — einer für den anderen leben. Dann können wir mit ruhigem Gewissen allem entgegensehen und in späteren Jahren mit Erfolg an das zurückdenken, was wir jetzt geleistet haben.“

Ist das nicht ein geradezu herrliches Bekenntnis einer einfachen Arbeiterfrau, die durch die Verhinderung ihres einzigen Sohnes (daneben sind noch fünf Töchter vorhanden) ein so großes Opfer dem Vaterlande gebracht hat?

## Aus der Residenz.

Karlsruhe, den 23. Juli 1917.

— **Schulferien.** Das Ministerium hat den Direktoren der höheren Lehranstalten die Ermächtigung erteilt, das laufende Schuljahr schon am 28. Juli zu schließen. Der Schluß hat dann am Vormittag des 28. Juli stattzufinden.

— **Kapitalabfindung für Kriegswitwen.** Entsprechend dem Borgehen anderer Bundesstaaten hat das Ministerium des Innern auch für Baden bestimmt, daß die Bezahlung des Gesundheitsaufwandes von Kriegswitwen, die auf Grund des Kapitalabfindungsgesetzes eine Abfindung beantragen und die Ausführung der ärztlichen Untersuchung durch einen beamteten Zivilarzt begehren, durch die Bezirksärzte und Bezirkskassenärzte unentgeltlich vorzunehmen ist.

— **Na. Kriegsvollzug.** Wie kürzlich an Hand der Rechnungsergebnisse mitgeteilt wurde, betragen bei der städtischen Kriegsspeisung die Mehrkosten für Herstellung der Kriegsspeisen in einem Zeitraum von vier Monaten 133 502 M. Von diesem Aufwand wurden durch Beihilfen aus Reichs- und Staatsmitteln 51 770 M. gedeckt, so daß der Stadtgemeinde noch 81 937 M. zur Last bleiben. Durch die Erhöhung der Teilnehmergebühren dürften die Zuschüsse aus allgemeinen Mitteln verringert, die Herstellungskosten und Verteilungskosten (Sollkosten) aber keinesfalls ganz gedeckt werden.

— **Theater im Städtischen Konzerthaus.** Am Donnerstag, den 26. Juli wird die Operette „Ein Walzertraum“ zum erstenmal aufgeführt. In dieser Aufführung und in der Wiederholung am Freitag wird Franz Gruber von der Münchener Hofoper den Partisanen Nisi vorstellen. Der Gast hat sich auch für den Partisanen im „Zigeunerbaron“, welcher am Samstag, den 28. Juli aufgeführt wird, verpflichtet.

— **Kellerbier.** In letzter Zeit wurden in hiesiger Stadt eine größere Anzahl von Eintrübsellichkeiten in Kellern verübt. Am Samstag gelang es, die Täter in der Person eines Händlers aus Odenheim und der Ehefrau eines Logenführers von hier zu ermitteln und festzunehmen. Den Dieben fielen erhebliche Mengen von Bier, Fett, Schnaps, Wein usw. in die Hände.

— **Selbstmordversuch.** In einem Hause der Kaiserstraße versuchte am Samstagabend eine Dienstmagd sich aus dem Fenster der Wohnung ihrer Dienstherrschaft zu stürzen, weil gegen sie Anzeige wegen größerer Diebstähle zum Nachteil ihrer Arbeitgeberin erstattet worden war; sie konnte aber noch rechtzeitig an der Ausführung ihres Wahnsinns verhindert und festgenommen werden. Der Vorgang betraf eine Menschenansammlung.

— **Ermittelt wurden 9 Personen, welche aus Gärten und Feldern hiesiger Gemarkung Obst und Kartoffeln entwendeten.**

## Stimmen aus dem Referat.

Für die unter dieser Rubrik stehenden Artikel übernimmt die Redaktion lediglich die presserechtliche Verantwortung.

### Zum Schulschluß

wird uns geschrieben:

Der Schluß des Schuljahres der höheren Schulen steht unmittelbar bevor. Die von vielen Eltern und Schülern mit Sorgen erwarteten Jahreszeugnisse sind in den nächsten Tagen zu erwarten. Das Schuljahr war für Lehrer und Schüler kein leichtes. Ungünstige Schulzeiten wegen Zusammenlegung zweier Schulen in ein Haus, häufigeres Ausbleiben des Unterrichtes als sonst, nicht ganz genügende oder manchmal ungeeignete Ernährung, Ablenkung durch Ereignisse, die der Krieg bedingte, in den Familien, die Sorgen und oft die Tränen, welche diese mit sich bringen, und vor allem die Gedanken an die schmerzlichen Geschehnisse draußen — alles jetzt und jetzt an der Nervenkraft jedes Einzelnen. Dadurch ist auch die körperliche Widerstandskraft zurückgegangen. Aus diesem Grunde sei an alle Schulleitungen und Lehrkräfte die Bitte gerichtet, in

dieser schweren Zeit eine mildere Beurteilung der Leistungen zu betonen zu lassen, als in anderen Jahren, wenigstens da, wo guter Wille sich gezeigt hat. Es ist gewiß weniger verhängnisvoll, ein schwacher, nicht ganz genügender Schüler rückt gegen die bisherige Gepflogenheit in die nächst höhere Klasse auf, wo er vielleicht durch die Ermüdung und aus Dankbarkeit ein ganz ordentlicher Schüler wird im neuen Schuljahr, als daß ein Elternteil, der für die Erziehung der Kinder noch nötig ist, durch neue, vermehrte Sorgen Schaden an der Gesundheit nimmt, die vielleicht nicht mehr gut zu machen ist. Wir müssen uns in so vielem dieser Zeit anpassen, die mit ihrer Not an alle herantritt, warum nicht auch in diesem Punkte? Auch die Behörde wird nicht dagegen sein und der Dank vieler sorgentoller Familien ist sicher groß und aufrichtig.

## Letzte Drahtberichte.

### Französische Schande.

Paris, 23. Juli. Ein am 26. Juni aus französischer Gefangenenschaft zurückgekehrter Soldat gab bei seiner Vernehmung an, daß die deutschen Gefangenen, als sie in Marscholonnen abtransportiert wurden, von französischen Maschinengewehren beschossen wurden, obwohl sie deutlich als Gefangene erkennbar waren. Sie wurden dann bei Metz in notdürftig mit Brettern bedeckte Bodenentfernung gebracht, in der sie zu dreien übernachtet liegen mußten. Täglich mußten sie in die Artilleriezone zur Arbeit, wobei mehrere von ihnen in deutschen Artilleriefeldern fielen. Bei Noanet, wohin sie dann gebracht wurden, wurden die Gefangenen zu völlerrechtswidrigen Arbeiten in einer Granatenfabrik gezwungen. In Calais mußten sie im Hafen Kohlen schippen. Wer sich weigerte, verfiel den härtesten Strafen. In Calais beobachtete der Gefangene wiederholt die Benutzung von Bazaretschiffen zu Truppentransporten. Der französische Hauptmann Gabet, der in Paris kein Abteilungscommandeur war, schätzte die vor ihm stehenden Gefangenen, die gefesselt waren, ins Gesicht und beschimpfte sie als preussische Schweinschunde.

### Vertrauensstundgebung im französischen Senat.

Paris, 23. Juli. (Ag. Hav.) Im Senat verlas Dubost infolge der Interpellation Debièvre über die Offensive vom 18. April und über den Sanitätsdienst eine ausgearbeitete Tagesordnung, die von zahlreichen Senatoren unterzeichnet ist, die amerikanische Armee begrüßt und der Regierung das Vertrauen ausdrückt. Debièvre erklärte, die Lehren der Vergangenheit müssen in Zukunft beachtet werden, um der Armee und dem Lande volles Vertrauen im Besonderen einzufößen, daß sich die Fehler nicht wiederholten. Er verlangte die Verstrafung der Schuldigen und machte die Regierung für die begangenen Fehler verantwortlich. — Rainleba erwiderte, daß Fehler begangen worden sind und erklärte, er habe nach den ihnen zu Grunde liegenden Ursachen gesucht, betonte aber die ungeheure Schwierigkeit der zu bewältigenden Aufgaben. Er sagte, daß die französisch-englische Armee den gesamten deutschen Kräfte, die drei Monate frei waren, überall die Stirne boten. Nirgends seien die Deutschen vorgezogen und überall, wo sie angriffen, wurden sie zurückgedrängt.

Am Schluß nahm der Senat einstimmig mit 248 Stimmen folgende Tagesordnung an:

Der Senat bezeugt wie in früheren Jahren den tapferen Armeen der Republik und der Alliierten zu Land und zu Wasser die Dankbarkeit der Nation. Er begrüßt die Ankunft der amerikanischen Regimenter. Er billigt die Regierungserklärung über die Führung der allgemeinen Politik und des Krieges und vertraut darauf, daß sie Ordnung, Gerechtigkeit und Mannesguth sicherstellen und Strafen für die Fehler in Anwendung bringen wird. Strafen, die alle Grade der militärischen Beamtenstellung umfassen sollen, damit die materiellen und moralischen Bedingungen des Lebens der Soldaten gebessert werden, und damit ein gutes Werk des gesamten Heeresdienstes erzielt wird. Er bittet vertraut der Senat darauf, daß die Regierung im Einklang mit den Alliierten eine Verteilung der gemeinsamen Kräfte vornehmen wird, die gestattet, unsere militärischen Anstrengungen mit unseren wirtschaftlichen Bedürfnissen in Einklang zu bringen. Der Senat rechnet auf die Festigkeit der Regierung, um die Unterdrückung der verbrecherischen Propaganda gegen die Mannesguth und die Sicherheit des Landes sicher zu stellen, indessen unter voller Wahrung der öffentlichen sozialen Freiheiten. Der Senat gibt der Regierung den Auftrag, alle Maßregeln zu ergreifen, um den Sieg der freien Völker über die Mittelmächte zu beschleunigen.

### Spanien.

Valencia, 23. Juli. (Ag. Hav.) Amlich wird bekannt gegeben: Das gewöhnliche Leben ist wieder hergestellt. In den Dörfern herrscht gleichfalls wieder Ruhe.

### China.

Sanghai, 23. Juli. (Ag. Hav.) Scheng Rink Wang veröffentlicht namens der Marine eine Kundgebung, in der er die Aufrechterhaltung der vorläufigen Verfassung, die Einberufung des Parlaments und die Verstrafung der Rebellen zum Gegenstande verlangt. Er erklärt die jetzige Regierung in Peking und ebenso alle seit Auflösung des Parlaments veröffentlichten Verordnungen für ungesetzlich. Scheng Rink Wang und Schao Yi befinden sich an Bord des Kreuzers „Haisai“ auf dem Wege nach Canton. Das ganze Kreuzerregiment soll Scheng folgen.

## Der österr.-ungarische Tagesbericht.

Wien, 23. Juli. Amlich wird verlautbart:

**Östlicher Kriegsschauplatz.**  
Heeresgruppe des Generalfeldmarschalls von Madarsen  
Stellenweise starker Geschützkampf.

**Front des Generalobersten Erzherzog Joseph**  
Zwischen dem Ennstal und der Dreiländerecke lebte die Geiseltätigkeit erheblich auf. Der Feind unternahm an mehreren Stellen Angriffe; er wurde überall zurückgeschlagen.

**Front des Generalfeldmarschalls Prinzen Leopold von Bayern.**

Die verbündeten Truppen erreichten in siegreichem Vorwärtsschritt bei Larnopol den Sereth und überschritten die Bahn Rozdol-Drokov beiderseits der Sereth in breiter Front. Die Russen schwenkten auch an der Karajowa ab. Die Nachrückung des Sieges greift auf das Südufer des Dnjestr bis zu den Karpathen hinüber. Ueberall räumt der Feind seine Stellungen.

**Italienischer und Süddänischer Kriegsschauplatz.**

Nichts Neues. Der Chef des Generalstabs.

Wetterbericht des Zentralbüros für Meteorologie und Hydrographie.  
Wochensichtliche Witterung am 24. Juli; meist heiter, trocken warm.

**Hauptversammlung des Kriegsaussschusses für Konsumenteninteressen.**

\* Karlsruhe, 22. Juli. In großen Rathhausaal fand heute Vormittag 10 Uhr die Hauptversammlung des Kriegsaussschusses für Konsumenteninteressen statt.

Herr Oberpostsekretär Manz eröffnete mit einer kurzen Begrüßung die Eröffnungsfeier, gab einen kurzen Rückblick über die Organisation und deren Bestrebungen. Den Geschäftsbericht erstattete der Vorsitzende Herr Manz. Dem Kriegsaussschuss gehören heute 12 Ortsausschüsse an. Der geschäftsführende Vorstand hielt mindestens monatlich eine Sitzung ab. Der Bericht zeigte eine rege Tätigkeit, welche im Interesse der Verbraucher geleistet wurde, teils durch persönliche Zählungnahme oder durch Eingaben an die maßgebenden Behörden.

In Verbindung des Kassierers erstattete der Vorsitzende auch den Kassenbericht. Die Einnahmen betragen seit 1915 4533 M., die Ausgaben 2283 M., so daß ein Vermögensstand von 2256 M. verbleibt. Der Vorschlag für neue Rechnung zeigt in Ausgabe 1500 M., in Einnahme 800 M., die Rechnung wurde geprüft und die Entlastung beantragt. An den Geschäfts- und Kassenbericht schloß sich eine kurze Besprechung, die teilweise bei der Beschlußfassung über die Satzungen ihre Erledigung finden sollen. Aus der Mitte der Versammlung wurde dem Vorsitzenden der Dank für seine Mühewaltung zum Ausdruck gebracht und dem Kassierer Entlastung erteilt.

Es wurde nun zum 2. Punkte der Tagesordnung geschritten, Beratung und Beschlußfassung über die Satzung. Es erheben sich eine rege Diskussion, ob die Satzung heute beraten oder überhaupt zurückgestellt werden sollte. Der Beschluß ging jedoch dahin, in die Beratung einzutreten. Die einzelnen Paragraphen wurden durchberaten und dann nach einigen Änderungen die Satzung angenommen.

Um 2 Uhr nahm die Versammlung ihren Fortgang, und zwar wurden die Anträge zur Beratung gestellt. Der Ortsausschuh Seidelberg beantragte: Die Hauptversammlung wolle beschließen, die Hauptleitung zu veranlassen, an die Reichs- und Einzelstaatsregierungen die Bitte zu richten, einen Entwurf zur Errichtung von Konsumenten- und Wirtschaftskammern ausarbeiten zu lassen, der den bestehenden Körperlichkeiten vorzulegen oder im Wege der Verordnung einzuführen ist. Begründet wurde der Antrag durch Geh. Justizrat Dr. Hoffen-Seidelberg. Nach eingehender Begründung wurde der Antrag einstimmig angenommen.

Sie wurde zur Wahl des geschäftsführenden Vorstandes und der Rechnungsprüfer geschritten. Es wurden ohne Widerspruch die bisherigen Vorstandsmitglieder wiedergewählt: Oberpostsekretär Manz, 1. Vorsitzender, Arbeitersekretär Prüll, 2. Vorsitzender, Schriftführer Postsekretär Petule, Oberevisor Trautmann, Kassenführer; Beisitzer: A. Wehring, Ferd. Schwan, Wils. Müller, Frau Witwe Witt, Frau Ingenieur Ettinger, Frau Knecht, Durlach, R. Michel, Professor Wendlin, Mannheim. Zu Revisoren wurden gewählt: die Herren Schumann, Maier und Worfel.

Nach eingehender Begründung durch Herrn Geschäftsführer Seufert wurde beschlossen, dem Badischen Landeswohnungsverein und dem Hauptaussschuh für Kriegserbeimittel als Körperschaftliches Mitglied mit einem Jahresbeitrag von je 20 M. beizutreten. Auch dieser Antrag fand ebenfalls einstimmige Annahme.

Unter Punkt 5 „Sonstige“ wurden verschiedene Wünsche seitens der Vertreter der Ortsausschüsse zur Kenntnis gebracht und Kritik an den teuren Obstpreisen geübt. Auch einer weiteren Erhöhung des Milchpreises möchte man alle Hebel in Bewegung setzen. Das Brot sollte nach Gewicht verkauft werden, da dasselbe immer schwankend sei.

Der Vorsitzende gab verschiedene auflärende Antworten auf die einzelnen Anfragen. — Drei eingelaufene Anträge: 1. ein solcher des Ortsausschusses Freiburg, welcher gegen die teuren Obstpreise Stellung nahm und eine Herabsetzung derselben wünscht, 2. ein solcher des Ortsausschusses Durlach, welcher den freien Bezug der Kartoffeln direkt vom Erzeuger mittels Bezugscheins verlangt, 3. ein weiterer des Ortsausschusses Durlach wünscht eine Verstärkung in wirtschaftlichen Fragen mit den Nachbarkommunen, fanden einstimmige Annahme. Gegen 6 Uhr wurde die Versammlung geschlossen.

**Nichtpreise für Tee-Grünmittel (deutscher Tee).**

Die Trockenheit, die in vielen Teilen des Deutschen Reiches im Frühjahr geherrscht hat, sowie der außerordentliche Mangel an Arbeitskräften, ferner die Steigerung der Materialpreise zur Verpackung des Tees und die Verteuerung des Transports erschweren die Sammlung und Verarbeitung von deutschem Tee auf der Grundlage der bisherigen Nichtpreise. Die volkswirtschaftliche Abteilung des Kriegsernährungsamts hat daher nach Anhörung von Sachverständigen die folgenden neuen Nichtpreise für je 100 kg, bei denen für die Rohware zur Anregung der Sammeltätigkeit über die Vorkläufe der Interessenten hinausgegangen worden ist, aufgestellt und den Landes-, Provinzial- und Bezirkspreisprüfungsstellen, sowie den Kriegswirtschaftsämtern bekanntgegeben:

1. für den Verkauf ab Lager der Vegetabilien- (Kräuter-)Handlungen oder der Schneideanstalten: für getrocknete und gereinigte gebrauchsfähige, 100 kg, aber ungeschmittenen Kräuter . . . 180-270
2. als Zuschlag für das Schneiden der Kräuter . . . 30
3. als Zuschlag für die Mischung der Kräuter nebst Vertrieb im Großhandel frei Laden oder Lager des Kleinhandlers einschließlich Verpackung: bei loser Ware . . . 70 bei Packungen (Kartons, Flech- oder Pappschachteln usw.) . . . 140 in Packungen zu 50 g oder weniger . . . 180
4. als Zuschlag beim Verkauf an den Verbraucher im Kleinhandel sowohl bei loser Ware wie bei Waren in Packungen . . . 130

Beträge unter 5 Pf. dürfen beim Verkauf im Kleinhandel von 5 Pf. nach oben abgerundet werden. Die Preise gelten allgemein für Tees aus den üblichen Wäldern wie Brombeerblättern, Himbeerblättern, Erdbeerblättern, Kirschenbeerblättern, Weißdorn usw., die oberen Grenzen auch für Beimengung wertvollerer Kräuter und Blüten (z. B. Edelweissblüten, ferner auch für Erbsen, die aus Obstgärten, z. B. Apfel- und Birnengärten hergeleitet sind), die unteren Grenzen für Mischungen aus besonders billigen Kräutern. Aus obigem ergibt sich für beste Ware ein oberer Kleinhandelspreis von 56 Pf. für 100 g und von 80 Pf. für 50 g.

**Gothaer Lebensversicherungsbank**  
..... auf Gegenseitigkeit. ....  
**Bisher abgeschlossene Versicherungen:**  
**2 Milliarden 300 Millionen Mark.**  
**Kriegsversicherung**  
mit alsbaldiger Auszahlung der vollen Summe im Todesfall. — Neue vorteilh. Versicherungsformen.  
**Hugo Pfanner, Bezirksverwalter**  
Karlsruhe 1846  
Am Stadtpark 1. Telephone 2088.

Mit den **Sachschadensversicherungszweigen** gründlich vertraute  
**Beamte**  
für den Aussendienst zur Bearbeitung der Schäden und Erledigung ähnlicher Aufträge  
**gesucht.**  
Bewerbungen mit Angabe der Gehaltsansprüche, Bild, Zeugnisabschriften und Lebenslauf sind zu richten an die 8104  
Stuttgart-Berliner Versicherungs-Aktiengesellschaft Stuttgart, Uhländstrasse 4-6.

Wir suchen für die **Gemarkung an der Stadt Karlsruhe** zum sofortigen Eintritt mehrere  
**Geldhüter.**  
Gelegene Leute wollen sich unter Vorlage von Zeugnissen sofort bei uns melden.  
**Städtisches Arbeitsamt**  
**Hilfsdienstmeldestelle Karlsruhe.**  
Zähringerstraße 100. Telephone 629.

Von D. theol. und phil.  
**Pfarrer Adolf Bolliger, Zürich-Neumünster**  
dem rühmlichst bekannten Verfasser der „Tatsachen“ und „Deutschlands Recht“ erscheint soeben in zweiter Auflage eine Schrift über  
**Weltkrieg und Gottesreich.**  
Wahrheit und Klarheit atmet die Schrift und einen heiligen Zorn auch über die Lauen, die in Weltentwenden und Schicksalsstunden nicht den sittlichen Mut finden können, sich zu Kultur und Blut der deutschen Stammesgenossen zu bekennen. Ueber die Zentralmächte und ihr Kriegsziel, sowie über den Weltkrieg als eine gewaltige Offenbarung des Gottesreiches, hat Pfarrer D. Bolliger Worte von Kraft und Empfindungen, von unendlicher Tiefe gefunden.  
Das 240 Seiten starke Buch ist von uns zum Preise von M. 1.80 zu beziehen.  
**Geschäftsstelle der Badischen Landeszeitung**  
G. m. b. H.  
Karlsruhe, Hirschstraße 9. Telephone 400.

**Bekanntmachung.**  
Hierdurch beehre ich mich, die Herren Mitglieder des Bürgerausschusses zu einer öffentlichen Sitzung auf  
**Freitag, den 27. Juli, nachmittags 5 Uhr**  
in den großen Rathhausaal einzuladen.  
Tagesordnung:  
1. Erhöhung der Gas- und Strompreise (26),  
2. Geländetauschvertrag mit der Karlsruher Parfilmerte- und Toilettefabrik F. Wolff & Sohn, G. m. b. H. (25),  
3. städtische Zulagen an die Hauptlehrerinnen der höheren Mädchenschulen (27).  
Karlsruhe, den 21. Juli 1917. 185  
**Der Oberbürgermeister.**

**Gesucht**  
**ein leistungsfähiger Mann,**  
welcher Haus- und Gartenarbeit versteht, auf ein Gut am Bodensee.  
Angebote an die Geschäftsstelle dieses Blattes unter Nr. 1861.

**Eine hochaktuelle Neuerscheinung**  
**Das Oberkommando in den Marken**  
Mit 15 Bildbeigaben nach Sandzeichnungen von Fritz Wolff und Paul Grulich  
Aus dem Inhalt:  
Kriegszustand — Geschichtliches — Generaloberst von Kessel — Aus der Arbeit des Oberkommandos — Die Zensur — Friedensaufgaben  
Das Werk ist vornehm und geschmackvoll ausgestattet und kostet M. 4,—  
Es ist die erste Folge meiner Monographien-Sammlung über  
**Die innere Front**  
In Vorbereitung befindet sich:  
„Das Kriegsamt“  
Vorrätig in allen guten Buchhandlungen  
**A. JANDORF'S VERLAG, BERLIN**

**GALERIE MOOS**  
Ständige Gemälde- u. Graphik-Ausstellung  
Kaiserstrasse 187, I.  
Sonder-Ausstellung  
Ad. Rhode — Eug. Segewitz  
Wilh. Volz — Georg Scholz  
Eintr. 30 S., Sonnt. 2-4 Uhr 20 S.

**Herzleiden,**  
Arterien-Verkalkung, Nerven- und Stoffwechsel-Leiden, (Gicht, Zucker), werden geheilt durch die **Bad Sodenthaler Calciumquelle**. Empfohlen von allen Aerzten. Nur 3 X 2 Esslöffel voll täglich, 1 Flasche (1 Mk.) reicht 6 Tage. Niederlage u. Drucksachen in Apotheken unter **Baum & Bassler, Karlsruhe.** 0000

**Süddeutsche Disconto-Gesellschaft A.-G.**  
**Karlsruhe i. Baden**  
Kaiserstraße 146, gegenüber d. Hauptpost  
**Depositen-Kasse Durlach**  
**Hauptstrasse 32**  
Postscheckkonto Karlsruhe Nr. 3900  
Kapital: 50 000 000 Mark.  
Eröffnung laufender Rechnungen und provisionsfreier Scheckkonten.  
Gewährung von Bankkredit.  
Ankauf von Wechseln und Schecks.  
An- u. Verkauf von Wertpapieren u. Zinsscheinen.  
Kontrolle verlosbarer Effekten.  
Annahme von Geldern zur Verzinsung mit und ohne Kündigung.  
**Stahlkammer-Abteilung** (Vermietung einzelner Fächer unter eigenem Verschluss der Mieter). Uebernahme von Wertpapieren, Dokumenten, Hypothekennurkunden etc. zur Verwahrung (offene Depots) und Besorgung aller mit der Verwaltung verbundenen Geschäfte. 1829  
**Vermögensverwaltung und Interessenvertretung während des Krieges.**

**Die Gartenlaube**  
62. JAHRGANG  
bringt jetzt in ihrem Beiblatt  
**„Die Welt der Frau“**  
die Erlebnisse der Frau Admiral v. Manter  
**Meine Leiden in russischer Gefangenschaft**  
\* \* \*

**Besuchskarten** liefert schnellstens und billigst die Badische Handpressung, G. m. b. H.